



Gemeinsame Erklärung von Herrn Stefan Körzell, Mitglied im Bundesvorstand des DGB, und Herrn Marco Wanderwitz, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

30 Jahre nach der Wiedervereinigung werden die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland kleiner. Um gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu stärken, braucht es aber weiterhin gemeinsame Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Ein aktiver Staat schafft die Rahmenbedingungen und die nötige öffentliche Infrastruktur, damit Regionen und Gemeinden in Ostdeutschland lebenswert bleiben. Dazu braucht es beispielsweise Investitionen in eine flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit Bildungs-, Verkehrs-, und Pflegeinfrastruktur. Zudem muss der Staat mit seiner Förderpolitik unterstützen, dass sich auch in Zeiten größerer wirtschaftlicher Umbrüche neue Unternehmen in den Regionen ansiedeln. Dazu bedarf es auch einer gezielten Förderung strukturschwacher Regionen, wie denen Ostdeutschlands, insbesondere auch nach dem Auslaufen des Solidarpakts II.

Der Jahresbericht der Bundesregierung zur deutschen Einheit verweist darauf, dass die Lohnunterschiede zwischen Ost und West in den letzten Jahren kleiner wurden. Gleichwohl gibt es nach wie vor Unterschiede bei Löhnen und Arbeitsbedingungen. Das Statistische Bundesamt hat konstatiert, dass sich die Lohnschere zwischen Besser- und Geringverdienenden in Ostdeutschland vergleichsweise schneller schließt. Insgesamt ist der Niedriglohnsektor in Ostdeutschland größer als in Westdeutschland, aber der Anteil der Beschäftigungsverhältnisse im ostdeutschen Niedriglohnsektor sinkt. Ein Grund dafür ist der zum 1. Januar 2015 eingeführte gesetzliche Mindestlohn. Bei den Tariflöhnen ist inzwischen eine weitgehende Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland erreicht. Die Tarifabdeckung ist jedoch in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland. Hinzu kommt: Die Tarifbindung geht in den letzten Jahren gleichermaßen in Ost- wie in Westdeutschland zurück. Die Tarifautonomie hat sich bewährt und braucht deshalb eine zukunftsorientierte Stärkung. Es müssen neue und weitergehende Möglichkeiten erörtert werden, wie die Tarifbindung – auch mit Unterstützung der Politik – gesteigert werden kann. Die Tarifpartner sollen den ihnen im Rahmen der Tarifautonomie eingeräumten Handlungsspielraum nutzen.

Um die zivilgesellschaftlichen Strukturen zu stärken, ist es wichtig, dass die Repräsentanz der Ostdeutschen in Spitzenämtern von Politik, Wirtschaft und Kultur erhöht wird. Dabei kann das gezielte Ansiedeln von Einrichtungen des Bundes in Ostdeutschland einen Beitrag leisten.

30 Jahre nach der friedlichen Revolution werden unsere demokratischen Werte und rechtsstaatlichen Prinzipien zunehmend in Frage gestellt. Durch das Erstarken von rechtspopulistischen Gruppen und Parteien droht sich die gesellschaftliche Spaltung zu vertiefen – nicht zuletzt zwischen Ost und West. Programme der Bundesregierung wie „Demokratie Leben“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ sind hier gute und wichtige Instrumente, um die organisierte Zivilgesellschaft zu stärken. Es sollte aber auch geprüft werden, wie Maßnahmen zur Extremismusprävention auch in der Arbeitswelt noch stärker verankert werden können. An allererster Stelle muss der Staat all diejenigen in ihrem Engagement unterstützen, die sich täglich den Feinden der Demokratie mit friedlichen Mitteln entgegenstellen und entsprechende Initiativen fördern.